

8/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Deutlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit

„Die konjunkturelle Besserung am Arbeitsmarkt hält an. Maßgebend dafür ist die anhaltend günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung“ — so kommentierte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, die Arbeitsmarktdaten für Februar 1989.

Im letzten Monat waren rund 30.000 Menschen weniger arbeitslos gemeldet als im Januar; dies ist die niedrigste Arbeitslosenzahl in einem Februar seit 1982.

Eindeutig nach oben tendieren Beschäftigung und Arbeitskräftenachfrage. Die Zahl der Erwerbstätigen hat im Januar gegenüber dem Vorjahr um 191.000 zugenommen, seit Januar 1984 sind insgesamt 974.000 neue Arbeitsplätze entstanden.

Für dieses Jahr bewegen sich die Schätzungen zwischen 150.000 und 300.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Dieser Optimismus wird durch die äußerst günstige wirtschaftliche Lage bestätigt. Nach der Frühjahrsumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages präsentiert sich die Konjunktur in blendender Verfassung. Die Unternehmen haben Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung, viele planen, Arbeitskräfte einzustellen. Ein hoher Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten, eine lebhaft Nachfrage und eine gute Ertragslage in einer wachsenden Zahl von Branchen prägen die Einschätzung der Unternehmen.

Dies führt dazu, daß sich die Zahl der offenen Stellen ständig vergrößert. Die Unternehmen suchen verstärkt nach neuen Mitarbeitern. Die gute kon-

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Abrüstung

Präsident Bush will C-Waffen schon vor 1992 aus Deutschland abziehen. Seite 3

● Ruhrgebietskonferenz

Aufbruch in NRW: Milliarden-Spritze aus Bonn. Seite 5

● Berlin

Alfred Dreger: Rot-grün, wie gehabt. Seite 7

● Frauenpolitik

Ursula Lehr: Die Familie ist die Grundlage unseres Gemeinwesens. Seite 13

● Senioren-Union

Drohenden Pflegenotstand abwenden. Seite 14

● Junge Union

Neues Grundsatzprogramm: Der Mensch im Mittelpunkt. Seite 17

● Öffentlichkeitsarbeit

Informations- und Werbemittel für den Europawahlkampf. Seite 19

● Dokumentation

der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: SPD — Verrat am Wähler. Grüner Teil

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)
junktuelle Situation wird noch durch den ungewöhnlich milden Winter begünstigt.

Von der Besserung des Arbeitsmarktes haben vor allem die Jugendlichen profitiert. So war die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren die niedrigste in einem Februar seit 1980. Dieser Trend ist bereits seit längerem zu beobachten. 1983 betrug die Arbeitslosenquote von Jugendlichen noch 9,7 Prozent, im letzten Jahr lag sie bei 5,8 Prozent. Dies zeigt, daß die intensiven Bemühungen der CDU-geführten Bundesregierung um Qualifizierung der jungen Leute Früchte tragen. Heute sind die jüngeren, zumeist auch gut ausgebildeten Jahrgänge auf dem Arbeitsmarkt stark gefragt.

Die positiven Daten für Februar sind ein Hinweis darauf, daß die erfolgreiche Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung sich inzwischen auch auf den Arbeitsmarkt positiv auswirkt. Steigende Investitionen, eine wachsende Nachfrage nach Industrieprodukten aus dem In- und Ausland, ausgelastete Kapazitäten und die optimistischen Geschäftserwartungen der Unternehmen selbst lassen erwarten, daß sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt kontinuierlich bessert.

Bauwirtschaft hat die Nase wieder vorn

Wer geunkt hatte, das Rekordjahr 1988 sei nur mit dem milden Winterwetter zu erklären, wird jetzt durch die Prognose des Deutschen Baugewerbes eines Besseren belehrt. Die positive Tendenzwende stabilisiert sich auch in diesem Jahr. Von dieser „rosaroten“ Entwicklung profitieren vor allem der Beschäftigungsmarkt und der Wohnungsmarkt.

Grund zum Aufatmen

Wenn im Laufe des Jahres die Zahl der Arbeitslosen — wie von Heinrich Franke vorhergesagt — trotz des starken Zustroms von Aussiedlern und der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen unter die Zwei-Millionen-Marke sinken sollte, hätte die Bundesregierung ersten Grund zum Aufatmen. Denn seit ihrem Amtsantritt trägt sie die hohe Erwerbslosenzahl als größte Last mit sich herum. Auch für dieses Jahr waren die Prognosen der meisten Experten alles andere als rosig. Doch die bisherigen Daten vom Arbeitsmarkt scheinen die Vorhersagen der Wissenschaftler zu widerlegen.

Der Optimismus ist vor allem deshalb gerechtfertigt, weil die gestiegene Kräfte nachfrage nicht allein auf die günstige Witterung zurückzuführen ist. Entscheidend ist vielmehr, daß sich die Entwicklung auf eine anhaltend starke Konjunktur stützen kann. Nur ein weiteres Wirtschaftswachstum gewährleistet auch den Abbau der hohen Arbeitslosenzahl. Dies scheint gesichert, denn erst vor wenigen Tagen haben die bundesdeutschen Unternehmen bei der Frühjahrsbefragung des Deutschen Industrie- und Handelstages der Konjunktur eine „blendende Verfassung“ bescheinigt.

Die Gewerkschaften und die SPD haben zwar recht, wenn sie auf das noch immer gravierende Problem der Langzeitarbeitslosen hinweisen. Großangelegte Beschäftigungsinitiativen würden allerdings die Lohnnebenkosten und die Steuern weiter in die Höhe treiben und könnten der gegenwärtig guten Konjunktur einen empfindlichen Dämpfer verpassen. Daran kann niemand interessiert sein.

Neue Osnabrücker Zeitung

Präsident Bush will C-Waffen schon vor 1992 aus Deutschland abziehen

Der politische Wille der USA, ihre in der Bundesrepublik Deutschland lagernden Bestände an chemischen Waffen vor 1992 abziehen, ist ein großer Erfolg der Abrüstungspolitik von Bundesregierung und Koalition.

Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Nach eingehenden Gesprächen, die ich Anfang Juni 1985 zusammen mit einigen Fraktionskollegen in Washington geführt habe, erhielt ich von dem damaligen US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger die Zusage, daß

- die auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland gelagerten, alten C-Waffen-Bestände abgezogen werden, wenn die USA mit der Produktion neuer, binärer C-Waffen beginnen;

- neue amerikanische C-Waffen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland in Friedenszeiten nicht stationiert werden.

Diese Zusage hat der frühere amerikanische Präsident Ronald Reagan während des Weltwirtschaftsgipfels 1986 in Tokio gegenüber Bundeskanzler Helmut Kohl bekräftigt und zugleich den Abzug der C-Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland bis 1992 in Aussicht gestellt.

Daß die neue US-Administration unter Präsident Bush — über die Zusage Reagans hinausgehend — den Abzug schon vor 1992 verwirklichen will, ist eine Geste freundschaftlicher Verbundenheit mit dem deutschen Volk. Sie zeigt, daß unsere amerikanischen Verbündeten deutsche Sicherheitsinteressen sensibel aufnehmen und berücksichtigen, sofern diese klar artikuliert und beharrlich vertreten werden.

Dregger: Ich fordere die Sowjetunion auf, dem guten Beispiel der Vereinigten Staaten zu folgen und ihre auf nichtso-wjetischem Gebiet innerhalb des Warschauer Pakts stationierten C-Waffen abziehen.

Außenminister Baker telefonierte mit Kohl

Auch Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich befriedigt über die amerikanische Ankündigung geäußert, die chemischen Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland vorzeitig abziehen. Der amerikanische Außenminister Baker hatte am vergangenen Samstag Kohl telefonisch mitgeteilt, er werde bei der Eröffnung der Wiener Konferenz über konventionelle Stabilität vom Atlantik bis zum Ural einen Beschluß des Präsidenten Bush bekanntgeben, daß die Vereinigten Staaten die in der Bundesrepublik gelagerten Chemiewaffen vor dem Jahr 1992 entfernen würden.

Signal aus Washington

Unter allen Massenvernichtungsmitteln gelten die Chemiewaffen als die verabscheuungswürdigsten. Deshalb kann die Absicht der amerikanischen Regierung, ihre auf deutschem Boden stationierten C-Waffen vorzeitig abziehen, in der Bundesrepublik von allen politischen Lagern nur einhellig begrüßt werden. Dies um so mehr, als die Bekanntgabe zu Beginn der Wiener Abrüstungsverhandlungen als Signal der Unterstützung Washingtons für die Bonner Politik gelten muß, die eine weltweite Ächtung chemischer Waffen noch in diesem Jahr erreichen möchte.

General-Anzeiger, Bonn

Die Eigenständigkeit der Beamtenversorgung bleibt gewahrt

Zum Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Koalition und der SPD über die Übertragung der Rentenreform in das Beamtenversorgungsrecht Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Vor Beginn der Verhandlungen mit der SPD war unstrittig, daß CDU/CSU und FDP für eine Berücksichtigung der Folgen des Geburtenrückgangs im Beamtenversorgungsrecht eintreten. Bei der Festlegung von „Eckwerten“ für die Änderung des Beamtenversorgungsrechts ist insbesondere erreicht worden:

1. Grundsätzliches

- Eigenständigkeit der Beamtenversorgung bleibt gewahrt, auch weil verfassungsrechtlich geboten (SPD im Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm, sog. Irrsee-Entwurf: „Umwandlung aller bestehenden öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse in Arbeitsverhältnisse, die dem Arbeitsrecht unterliegen“; d.h.: faktisch Abschaffung des Berufsbeamten-tums)
- alle beabsichtigten Änderungen der Beamtenversorgung sind systemkonform, d.h. sie werden mit Mitteln des Beamtenversorgungsrechts vorgenommen.

2. „Adäquate“ Kostensenkung

d.h. Leistungskürzungen in der Beamtenversorgung sollen „pro Kopf“ denen in der gesetzlichen Rentenversicherung entsprechen (keine Festlegung absoluter Kürzungsbeträge, wie von SPD gefordert).

3. 75 Prozent der letzten Bezüge bleiben für alle Beamten erreichbar

(keine Berechnung des Ruhegehalts bei Beamten nach durchschnittlichem Lebens Einkommen; dies wäre wegen der unterschiedlichen Einkommensprogression im öffentlichen Dienst und in der gewerblichen Wirtschaft nicht nur systemwidrig gewesen, sondern hätte zu erheblichen Versorgungskürzungen bei Beamten geführt).

Die derzeit bereits im Ruhestand befindlichen Beamten bleiben von Kürzungen ausgenommen (wie Rentner).

4. „Überprüfung“ der vorgezogenen gesetzlichen Altersgrenzen

(keine, wie von SPD gefordert, schematische Erhöhung der Lebensaltersgrenzen für Polizei, Feuerwehr und Soldaten. Eine derartige Erhöhung hätte die Funktionsfähigkeit der vorgenannten Einrichtungen erheblich gemindert)

5. „Erweiterte“ Anrechnung von Erwerbseinkommen

(keine absolute Anrechnung jedes Einkommens, weil nach Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unzulässig)

6. Keine unmittelbaren oder mittelbaren Beiträge der Beamten zu ihrer Altersversorgung

(wie von SPD gefordert); stattdessen „Berücksichtigung“ der finanziellen Belastungen der Alterssicherung im Rahmen der Besoldungsregelungen durch das Parlament.

Aufbruch in NRW

Milliarden-Spritzen aus Bonn

Ein Jahr nach der von Norbert Blüm angeregten Ruhrgebietskonferenz auf Einladung des Bundeskanzlers (24. 2. 1988) hatte die CDU Nordrhein-Westfalen über 1000 Vertreter des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens aus ganz Nordrhein-Westfalen in die Luise-Albertz-Halle nach Oberhausen eingeladen: Und alle kamen! Landesvorsitzender Norbert Blüm und namhafte Vertreter aus Wirtschaft, Gewerkschaft und Hochschule wie Klaus Steilmann, Dr. Theodor Pieper (IHK Duisburg-Wesel-Kleve), Prof. Dr. Velsing (Rektor der Universität Dortmund), Alexander Graf von Schwerin (Betriebsratsvorsitzender der Duisburger Verkehrsbetriebe), Dr. Detlev Rohwedder, Vorstandsvorsitzender der Hoesch AG und Bezirksvorsitzender Dr. Norbert Lamert zogen in ihren Reden eine positive Jahresbilanz.

Höhepunkt der Veranstaltung war die Rede des Bundeskanzlers. „Das Ruhrgebiet gilt überall in der Republik wieder als eine wichtige Zukunftsregion“, stellte der Bundeskanzler fest. Die Ruhrgebietskonferenz habe eine „Trendwende“ gebracht, denn die Bundesregierung habe „klare Zeichen gesetzt für gesamtstaatliche Solidarität mit den Menschen in dieser zentralen Industrieregion Europas“. Aufbruchstimmung sei die Folge, und das im ganzen Land! An Rhein und Ruhr, zwischen Eifel und Weserbergland, gebe es wieder eine Zukunftsperspektive. Das Ruhrgebiet habe sich als eine „Region voller Vitalität und Dynamik erwiesen. Die hochqualifizierte Facharbeiterschaft sei das „wahre Zukunftskapital“ des Lan-

des. Die Milliarden-Spritzen aus Bonn haben 400 Investitionsvorhaben und 7000 Arbeitsplätze ermöglicht. Der Kanzler dankte daher ausdrücklich allen politischen Parteien, den Unternehmern, den Gewerkschaften und auch den Kirchen, die am Erfolg beteiligt sind.

Er rief dazu auf, weitere Anstrengungen zu unternehmen und zeigte tiefstes Ver-

Wieder Zukunftsperspektive an Rhein und Ruhr

ständnis für die Sorgen der Bergleute: „Jeder von uns erlebt mit seiner privaten Existenz Stunden, Monate, ja, Jahre, wo er dringend der Freundschaft, der Hilfe, der Sympathie, der Kameradschaft bedarf. Und das gilt auch für das Leben eines Volkes.“ Doch zugleich warnte er sie, „sich von politischen Rattenfängern verführen zu lassen“.

Bundeskanzler Kohl und Landesvorsitzender Norbert Blüm sicherten ihren Einsatz zu, einen Konsens zwischen den Bundesländern, der Energiewirtschaft, den Bergbauunternehmen und den Gewerkschaften für eine Anschließregelung an den Jahrhundertvertrag zur Kohleverstromung über 1995 hinaus zu erreichen. Unverzichtbar sei dabei vor allem die „energiepolitische Kooperation“ der SPD-geführten Bergbauländer Nordrhein-Westfalen und Saarland.

Die CDU NRW wird zur Konsolidierung des Aufbruchs und zur Verstetigung des Strukturwandels gemeinsam mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen weitere Maßnahmen und Wege zu ihrer Verwirklichung beraten.

Europa muß den Binnenmarkt und seine Wachstumskräfte nutzen

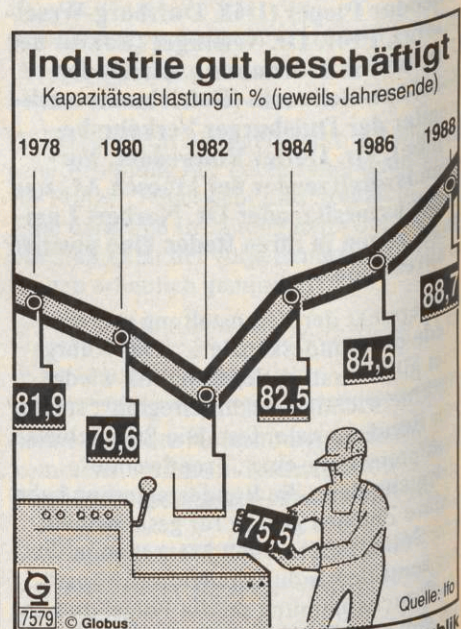
Wir sind das Erfolgsland nur Nr. 1 in Europa. Die Auftragsbücher der Unternehmen sind gefüllt, die Kapazitätsauslastung im Dezember war die höchste seit 1973. Die Stimmung ist gut. Während die Opposition außer Ladenhütern nichts zu bieten hat, machen wir die Wirtschaft fit für die Zukunft. Steuer-, Gesundheits-, Kartellrechts-, Post- und Rentenreform sind unser Fitneßprogramm und die Antwort auf den Strukturwandel: Sie gewährleisten auch künftig, was uns auszeichnet:

- höchste Löhne,
- höchste Sozialleistungen,
- höchste Spareinlagen,
- kürzeste Arbeitszeit und
- längster Urlaub.

Europa muß den Binnenmarkt und seine Wachstumskräfte nutzen, so der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Ernst Hinken. — Die SPD dagegen ist die Partei der Wachstumsbremser. Europas Forschungs- und Technologiepolitik muß offen für zukünftige Entwicklungen sein. Die SPD blockiert aber den technischen Fortschritt.

In weiten Bereichen haben wir heute ein zu großes Anspruchs- und Sicherheitsdenken und zu geringe Mobilitätsbereitschaft und zu wenig Flexibilität. Unzufriedenheit macht sich mehr und mehr breit. Haben wir etwa vergessen, daß 1950 der Stundenlohn eines Facharbeiters in der Industrie 1,45 Mark betrug? Heute hat er einen durchschnittlichen Bruttostundenlohn von 20,20 Mark. Die Kaufkraft ist um das 4,5fache gestiegen. Fast jeder fährt heute ein Auto. 25 Millio-

nen Deutsche verbrachten ihren Urlaub im Ausland und ließen dort ca. 45 Milliarden Mark. Die realen Zuwachsraten der Brutto-Arbeitnehmer-Stundenverdienste in der verarbeitenden Industrie zwischen 1950 und 1983 zeigen, daß wir Deutsche auch hier weltweit die großen Gewinner sind. Bundesrepublik Deutschland + 564 Prozent; USA + 88 Prozent; Kanada + 165 Prozent; Japan + 470 Prozent; Schweden + 239 Prozent; Frankreich + 359 Prozent; Großbritannien + 179 Prozent.



Der Konjunkturmotor in der Bundesrepublik Deutschland läuft auf vollen Touren. Die Auftragsbücher sind gefüllt, die Industrie hat so gut zu tun wie lange nicht. Das geht aus einer Untersuchung des Münchner Ifo-Instituts hervor. Danach lag die Kapazitätsauslastung der industriellen Unternehmen zum Jahresende 1988 bei durchschnittlich 88,7 Prozent.

Alfred Dregger: Rot-grün, wie gehabt

„Wenn sich die SPD tatsächlich noch als eine Partei der Arbeitnehmer verbünde und fest zur Allianz unseres Staates mit den Demokratien des Westens hielte, könnte es zwischen ihr und der Bewegung der ‚Grünen‘ keinerlei Berührungspunkte — geschweige denn: Zusammenarbeit — geben. Aber die SPD von heute findet nichts dabei, mit einer ‚Bewegung‘ zusammenzugehen, die den Kampf für eine ‚andere‘ Republik auf ihre Fahnen geschrieben hat.“ Diese Schlußfolgerung zieht der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aus den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und AL in Berlin. Weiter stellt Alfred Dregger fest:

Mit der „grünen“ Bewegung ist der linke Radikalismus in der Bundesrepublik Deutschland parlamentsfähig geworden. Die „Grünen“ haben Kommunisten wieder zu Abgeordnetenmandaten verholfen. Angesichts der nur zu oft von schierem Haß getragenen Polemik der „Grünen“ gegen die Demokratie des Grundgesetzes, gegen die „etablierten“ Parteien, gegen die Soziale Marktwirtschaft, gegen die Bundeswehr und gegen das westliche Verteidigungsbündnis müßten sich die demokratischen Parteien eigentlich einig sein und gegen diese angeblich grüne, in Wirklichkeit tiefrote Bewegung Front machen.

Bestürzender Vorgang

Es ist ein bestürzender Vorgang, daß die SPD von demokratischer Gemeinsamkeit gegenüber linken Radikalen nichts wissen will und weiterhin rot-grüne Pakte ansteuert, obwohl die Erfahrungen, die sie mit derartigen Bündnissen in den vergangenen fünf Jahren hat machen müs-

sen — siehe Hamburg, siehe Hessen — sie eigentlich schrecken müßten: In beiden Fällen endete rot-grüne „Zusammenarbeit“ mit einem Fiasko.

Die SPD hat ihre seit Jahren verfolgte Anbiederung an die „grüne“ Bewegung mit einem stetig gewachsenen Schwund an innerer Substanz und Glaubwürdigkeit erkaufte. Das zeigte sich einmal mehr in Berlin: Bis zum Wahltag beteuerte der Berliner Spitzenkandidat der SPD, Momper, immer wieder, die Radikalen von links kämen als Partner für ihn nicht in Frage. Nach der Wahl war dieser Schwur vergessen.

Mompers Wortbruch

Mompers Wortbruch gegenüber denen, die ihn gewählt haben, erinnert fatal an den Wortbruch des früheren hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner: Auch Börner hatte bis zur hessischen Landtagswahl vom September 1983 jeden Gedanken an ein Bündnis mit den „Grünen“ mit markigen Worten von sich gewiesen — was ihn aber nach der Wahl nicht daran hinderte, den linken Radikalen den roten Teppich auszurollen und sie 1985 zum Regierungspartner zu machen.

Der Ausgang des neuen rot-grünen Abenteuers, in das sich die SPD in Berlin stürzt, ist nicht ungewiß, sondern nur allzu gewiß. Was Richard von Weizsäcker und Eberhard Diepgen als Regierende Bürgermeister in den Jahren nach 1981 für Berlin aufgebaut, was sie der Stadt an politischer und wirtschaftlicher Stabilität, an innerem Frieden, an äußerer Sicherheit gegeben haben — all dies droht nun verloren zu gehen. Was die „Alternative Liste“ (AL) in Berlin will, steht in ihrem

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Berliner DGB täuscht Arbeitnehmer

Allein die Tatsache, daß der Berliner DGB-Landesbezirk offizielle Gespräche mit der AL-Kommission für Koalitionsverhandlungen führt, ist für die Gewerkschaftsbewegung ein Skandal erster Güte. Der DGB-Landesbezirk verrät seine Aufgabe als Einheitsgewerkschaft und macht sich quasi als Parteiorganisation mitschuldig beim Versuch, die Arbeitnehmerschaft über die anarchistische und kommunistische Grundhaltung der von der SPD umworbenen AL zu täuschen.

Mit seiner Bewertung des rot-grünen Bündnisses als „einer denkbaren Variante, um eine neue Politik zu begründen“, mißbraucht der SPD-Politiker

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Programm: Ziel ist die „Überwindung dieses patriachalischen und kapitalistischen Industriesystems“.

Und was die Frage nach der Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele angeht, so hat ein führendes Mitglied der AL erst jüngst erklärt, für die AL gebe es auch in der Regierungsverantwortung „keine Unterwerfung des außerparlamentarischen Widerstandes unter das staatliche Gewaltmonopol“. Mit anderen Worten: Die AL, die in der Vergangenheit oft genug zur Gewalt Zuflucht genommen hat, um ihre Ziele durchzusetzen, schließt Gewalt als Mittel der Politik auch für die Zukunft keineswegs aus.

Was dies alles für das freie Berlin bedeutet, steht außer Frage. Mit Recht hat der Bundeskanzler der SPD in diesen Tagen vorgehalten, sie sei dabei, die „bittere historische Lektion unseres Volkes“, daß Demokraten sich unter keinen Umständen mit Radikalen verbünden dürften, bedenkenlos in den Wind zu schlagen. ■

Pagels seine Funktion als Vorsitzender einer Einheitsgewerkschaft. Die Funktionen des DGB-Landesverbandes Berlin haben offenbar jede kritische Unterscheidungsfähigkeit verloren, wenn sie die radikale Alternative Liste in Berlin mit anderen demokratischen Parteien auf eine Ebene stellen und für regierungsfähig erklären.

Der DGB in Berlin schlägt ein neues, trauriges Kapitel in der Geschichte der Krise der Gewerkschaftsbewegung auf. Er macht sich mitschuldig, wenn er eine Gruppierung als regierungsfähig bezeichnet; die — trotz aller Scheinerklärungen — keine klare Abgrenzung zwischen brutaler Gewalt und notwendigem demokratischen Protest kennt und damit eine wichtige Grundlage des demokratischen Rechtsstaates aufheben will.

Heribert Scharrenbroich, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Ich fordere den Landesverband Berlin des DGB auf, sich auf die Erfahrungen und die lange historische Tradition und Grundwerte der Arbeiterbewegung zu besinnen. Die Arbeiterbewegung hat nichts gemein mit einer Organisation, die sich im Wahlkampf für

- die Öffnung der Gefängnisse ausspricht
- Abbau und Entwaffnung der Polizei sowie Abschaffung des Verfassungsschutzes fordert und
- den Abzug der westlichen Alliierten aus Berlin für richtig erachtet hat.

Es wäre auch dem DGB zu wünschen, daß die besonneneren Kräfte in ihm wieder das Sagen bekämen.

Der DGB macht sich sonst im Sinne Lenins zum nützlichen Idioten, wenn er die Unterwanderungsstrategie der Kom-

munisten innerhalb der Alternativen Liste nicht erkennt. Lenin sagt: „Man muß, wenn es sein muß, alle möglichen Schliche anwenden und die Wahrheit verschweigen, um in Gewerkschaften hineinzukommen und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten.“ ■

Armer Momper

Konkrete Beweise, sagt der Berliner SPD-Chef Momper, besitze er, daß der CDU-Vorsitzende Kohl und sein Generalsekretär Geißler eine große Koalition in Berlin torpediert hätten. Es handelt sich um denselben Walter Momper,

● *der in der Berliner Wahnacht noch sagte, er sei gegen ein Bündnis mit der Alternativen Liste,*

● *der am 23. Februar erklärte, er sehe keine konstruktive Grundlage für eine große Koalition,*

● *der der AL am 19. Februar bescheinigte, sie habe einen großen Schritt zur Politik- und Regierungsfähigkeit gemacht,*

● *der am 5. Februar feststellte, zwischen SPD und AL seien viele Sachpositionen näher als zwischen CDU und SPD.*

● *In der gleichen Woche hatte er außerdem der Süddeutschen Zeitung mühevoll erläutert, daß es der SPD ziemlich schwerfallen werde, plötzlich mit der CDU zu gehen.*

Zwischendurch hat er als Thema ohne Variationen immer wieder verkündet, der Wähler in Berlin habe eine politische Wende gewollt. Und dieser arme, geplagte Berliner Spitzenpolitiker sieht sich nun den finsternen Machenschaften der Bonner CDU-Spitze wehrlos ausgesetzt, die seinen guten Willen zu einer großen Koalition torpedieren.

Der Mann kann einem richtig leid tun.

Frankfurter Neue Presse

coop-Konzern

Gewerkschaften auf Tauchstation

Der Fall coop verdichtet sich immer mehr zu einem Gewerkschafts-Skandal. Nachdem die Gläubigerbanken sich verständigt haben, bestehen zwar gute Aussichten, daß der angeschlagene coop-Konzern saniert wird.

Letztlich wird dies aber nur dann gelingen, wenn die politischen Erblasten dieses Konzerns aufgearbeitet werden. Hier sind die Gewerkschaften gefordert, die offen und schonungslos das gewerkschaftliche Fehlverhalten offenlegen müssen.

Zur Zeit sind allerdings die Gewerkschaften, die bis 1985 mit ihrer Gewerkschaftsholding BGAG Eigentümer von coop waren, auf Tauchstation gegangen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Bohl: Insbesondere der DGB-Vorsitzende Breit als oberster Kontrolleur der BGAG muß unverzüglich ein klärendes Wort zu folgenden Fragen abgeben:

- Stimmt es, daß schon 1983 in einem Brief an die Gewerkschaftsholding BGAG vor einem Desaster bei coop gewarnt wurde?
 - Stimmt es, daß coop nur deshalb an die Börse gebracht wurde, um bestehende Finanzlöcher durch Kleinaktionäre stopfen zu lassen?
 - Haben Lappas und Co. die coop in die Sackgasse marschieren lassen, um einen Gewerkschafts-Skandal zu vertuschen, dessen Dimensionen womöglich noch größer werden als bei der Neuen Heimat?
 - Trifft es zu, daß Lappas mit einem Beratervertrag, der ihm einen 500er Mer-
- (Fortsetzung auf der nächsten Seite)

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)
 cedes mitsamt Fahrer, eine Sekretärin, Büroräume und Vertrauensspesen sicherte, bei coop ausschied, weil er wegen der Neuen Heimat aus dem Verkehr gezogen werden mußte?

Eine baldige Antwort ist Breit nicht nur den Gewerkschaftsmitgliedern — wegen deren vielleicht auch finanzieller Betroffenheit — schuldig, sondern auch der deutschen Öffentlichkeit. Überhaupt müssen die Gewerkschaften bei der Sanierung der coop aktiv mitwirken und können sich nicht abseits stellen.

Mehr Sicherheit für Motorradfahrer

Schutzplanken, auch Leitplanken genannt, dienen der Sicherheit von Pkw und Lkw. Aber die bisher oft scharfkantigen Schutzplanken erwiesen sich in der Vergangenheit nicht selten als gefährlich für Motorradfahrer. Damit der Schutz der Autofahrer nicht mit einer erhöhten Gefährdung von Motorradfahrern einhergeht, hat das Bundesverkehrsministerium veranlaßt, daß die Straßenbauverwaltungen Schutzplanken mit Anprallschutzdämpfern ausrüsten. Bisher wurden damit rund 40 000 Schutzplanken ausgestattet.

Das Bundesverkehrsministerium hatte Forschungsinstitute und die Bundesanstalt für Straßenwesen beauftragt zu testen, wie Schutzplanken für Zweiradfahrer verbessert werden können, ohne daß dies eine Verschlechterung für Personen- und Lastkraftwagenfahrer zur Folge hat. Seit 1984 werden Gefahrenstellen mit Anprallschutzdämpfern versehen.

Zur Befestigung der Schutzplanken werden heute sogenannte Sigmar-Pfosten verwendet, wodurch die Verletzungsgefahr von Motorradfahrern gemindert wird.

Investoren reagieren auf steigende Wohnungsnachfrage

Die Zahl der Wohnungsbaugenehmigungen ist nach den jetzt vorliegenden vorläufigen Ergebnissen im Jahr 1988 gegenüber dem Vorjahr um 12,3 Prozent auf 214 213 Wohnungen gestiegen. 1987 hatte die Zahl der Genehmigungen bei 190 696 gelegen. Diese Zahlen hat Bundesbauminister Oscar Schneider bekanntgegeben.

Spitzenreiter bei den Zuwachsraten im vergangenen Jahr waren die Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, also Mietwohnungen. Hier lag die Steigerungsrate bei 19,4 Prozent. Ihre Zahl stieg von 52 757 im Jahr 1987 auf 62 966 im Jahr 1988. Bei den Einfamilienhäusern lag die Steigerungsrate bei +9,6 Prozent (97 357 im Jahr 1988 gegenüber 88 811 im Jahr 1987). Bei den Zweifamilienhäusern lag die Steigerungsrate bei 10,4 Prozent (30 900 in 1988 gegenüber 27 998 in 1987) und schließlich bei den Eigentumswohnungen bei +17,1 Prozent (35 795 in 1988 gegenüber 30 578 in 1987).

Die Entwicklung der Neubaugenehmigungen zeigt nach Ansicht von Minister Schneider, daß die Investoren am Wohnungsmarkt ganz eindeutig auf die gestiegene Nachfrage reagieren.

„Ein vereinigtes Europa, das alle Völker umfaßt, die nach ihrem kulturellen und historischen Selbstverständnis zum Abendland gehören, kann zur friedenserhaltenden Mitte zwischen den Weltmächten werden.“

Alfred Dregger

Keine Quoten gegen Aussiedler

Gegen eine Einführung von Quoten zur Steuerung des Aussiedlerzustroms hat sich nachdrücklich der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, gewandt. Wie Waffenschmidt feststellt, sind Aussiedler „deutsche Mitbürger“, die sowohl juristisch wie moralisch einen Anspruch auf Aufnahme haben.

Die Bundesregierung fordere niemanden dazu auf, in die Bundesrepublik zu kommen. Sie wolle mit politischen Initiativen gegenüber der Moskauer und Warschauer Führung bewirken, daß die Menschen sich noch einmal überlegen, ob sie nicht bei mehr Freiheitsrechten und bei mehr Autonomie auf ihre Aussiedlung verzichten. „Wir überlegen uns viele Möglichkeiten, aber Quoten können und dürfen nicht in Betracht kommen.“

Nachdrücklich warnt der Aussiedlerbeauftragte vor einer „Konkurrenzsituation“ zwischen Aussiedlern und Einheimischen, beispielsweise am Wohnungsmarkt. Es müsse nicht nur für Aussiedler gebaut werden, sondern auch für die Einheimischen. Zur verbesserten Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen empfiehlt Waffenschmidt ein System von „Informationsbörsen“, wodurch die Probleme bei der Aufnahme und Unterbringung von Aussiedlern entschärft werden könnten.

Die Bürger können sehr wohl unterscheiden

Ferner weist der Aussiedlerbeauftragte darauf hin, „daß sich nicht nur die Ressentiments, sondern auch viel Hilfsbereitschaft gegenüber den Aussiedlern“ aus-

breiten. Dabei könnten die Bürger sehr wohl unterscheiden zwischen Aussiedlern, Asylbewerbern und Ausländern.

Es wird kein Ausländerwahlrecht geben

Notwendig sei eine „realistische“ Ausländer- und Asylpolitik. So müsse im Ausländerrecht „klipp und klar“ auf die Möglichkeit verwiesen werden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, um andererseits ebenso klar zu sagen, daß es kein Ausländerwahlrecht geben werde. In Zusammenarbeit mit den anderen EG-Staaten müsse ein Asylrecht geschaffen werden, das vor dem „Übermaß der Wirtschaftsasylanten“ schützt.

Weitere Initiativen zur Aufnahme von Aussiedlern

Neben den Grenzdurchgangslagern der Länder in Friedland mit der Nebestelle Osnabrück, in Nürnberg und in Unna-Massen will die Bundesregierung ab sofort zusätzliche Aufnahme-lager für Aussiedler einrichten. Folgende Standorte sind vorgesehen:

- Zwei Aufnahmelager in Hamm/Nordrhein-Westfalen in zwei ehemaligen Kasernenanlagen.
- Ein Aufnahmelager in Bramsche bei Osnabrück/Niedersachsen: Hier handelt es sich um den Ausbau der provisorischen Aufnahmeeinrichtung.

Mit diesen Bundeslagern werden neben den drei Landeseinrichtungen, die auch

Das Schicksal einer Aussiedlerfamilie

„Vor ein paar Tagen hat mich eine Aussiedlergroßfamilie in meiner Heimatstadt zur Beerdigung der an Herzversagen verstorbenen 58jährigen Großmutter eingeladen. Es sei eine Ehre, wenn der Bürgermeister als Siegburger Obrigkeit an der Trauergesellschaft teilnähme. Diese Großmutter war zusammen mit 16 weiteren Familienangehörigen vor acht Jahren aus der Sowjetunion ausgesiedelt. Acht Kinder, sechs Enkel, Großvater, Großmutter — und niemand erscheint in unserer Arbeitslosenstatistik, da alle entweder in der Ausbildung oder schon bzw. noch berufstätig sind. In acht Jahren hat man auch bereits ein Einfamilienhaus zusammengesparrt. Am Grabe wird vor der versammelten großen Siegburger Aussiedlergemeinde der Lebenslauf vorgetragen. Vor rund 95 Jahren erfolgte die Aussiedlung der Urgroßeltern nach Kasachstan, mehrere Wanderschaften der Familie durch Rußland werden aufgezählt.

Die in der Sowjetunion geborenen Kinder, darunter die nun verstorbene Tochter, zuletzt selbst Großmutter in einer Großfamilie, planten durch die Jahrzehnte die Rückkehr in die Heimat nach Deutschland. 1942 — im Zweiten Weltkrieg — gelingt die Rückkehr nach Dresden. 1946 wird die Familie durch die sowjetische Besatzung wieder zurückverfrachtet an die Wolga. Schließlich 1980 erneute Ausreise und letzte Station in Siegburg.

Bis hierhin und nicht weiter, berichtet der Sohn mit tränenschwerer Stimme über die Pilgerfahrt der Mutter, und die versammelte Baptistengemeinde antwortet mit dem Ruf: Amen.

Ich denke daran, wie gut es mir selbst und allen Einheimischen trotz Kriegsjahren und Nachkriegsjahren doch ergangen ist, im Vergleich zu diesem Schicksal, das ja kein Einzelschicksal ist. Sollen wir da Grenzen verschließen gegenüber den übrigen Aussiedlern, die zurück wollen in die alte Heimat?

Alle, die da kritisieren, sollten erst einmal die Schicksale dieser Menschen kennenlernen und dann handeln und helfen.“ **Bürgermeister Adolf Herkenrath, MdB**

weiterhin die Grundkapazität für die Erstaufnahme der Aussiedler sicherstellen, zusätzliche Aufnahmeplätze geschaffen. Damit wird für eine größere Zahl der Aussiedler ein zügiges Aufnahmeverfahren und eine baldige Weiterleitung in die Wohnorte in den Ländern gewährleistet.

Informationsbörsen über Wohnungen und Arbeit

Mit diesen verbesserten Aufnahmemöglichkeiten — so der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, und Beauftragter der Bundesre-

gierung für Aussiedlerfragen, Horst Waffenschmidt — soll außerdem das System der Informationsbörsen über Wohnungen und Arbeitsplätze in allen Aufnahmelandern ausgebaut werden. Neben dem Registrierverfahren muß der Aufenthalt stärker genutzt werden, um auf Angebote für Wohnungen und Arbeitsplätze ausführlich hinzuweisen. Damit kann eine Ballung von Aussiedlern in bestimmten Regionen und Städten vermieden werden. Angebote von Städten und Gemeinden, die Aussiedler aufnehmen wollen, müssen besser genutzt werden.

Ursula Lehr: Die Familie ist die Grundlage unseres Gemeinwesens

Mit meinem Amtsantritt hat keine neue Ära begonnen. Ich möchte die bereits vorhandenen Ansätze, die durch Rita Süßmuth in die Diskussion gebracht wurden, aufgreifen, verdeutlichen und weiterführen.

Eine Frauenpolitik sollte Kinder und Heranwachsende in ihren familiären und außerfamiliären sozialen Beziehungen im Auge haben, sollte erwachsene Frauen und auch erwachsene Männer in Familie

Bundesfamilienministerin Ursula Lehr über die Rolle der Frau und Mutter in ihren vielfältigen sozialen Beziehungen

und Beruf sehen und sollte auch die Situation von Frauen und Männern im hohen Alter bis zu ihrem Lebensende mit berücksichtigen. Es gilt, der Rolle der Frau und Mutter in all ihren vielfältigen sozialen Beziehungen gerecht zu werden, den Frauen, die Beruf und Familie miteinander verbinden, ebenso wie den Frauen, die ihren Lebensinhalt in der Familie und in der Erziehung der Kinder gesehen haben und sehen, den alleinerziehenden Müttern, die ihren Kindern oft unter schweren Bedingungen Familie geben wollen, ebenso wie den Frauen, die zu Hause ihre kranken Eltern und Angehörigen pflegen.

Frauenpolitik muß ihrer besonderen Verantwortung für das Kind gerecht werden. Man sollte Frauenpolitik nicht mißverste-

hen als eine einseitige Ausrichtung bzw. alleinige Zielsetzung in bezug auf die berufstätige Frau. Da Frauen als Mütter — genauso wie Männer als Väter — eine große Verantwortung für ihre Kinder tragen, sollte eine Frauenpolitik auch dieser Verantwortung für das Kind gerecht werden.

Nur wenn eine Frauen- und Familienpolitik das Wohl des Kindes, aber auch das Wohl von Mutter und Vater zum Ziel hat, hilft sie und stärkt sie die Familien und schafft

- Voraussetzung für das Ja zum Kind,
- eine günstigere Umwelt für das Kind,
- für dessen Entwicklung und
- auch Voraussetzungen für einen Fortbestand unserer Gesellschaft, denn die Familie ist nun einmal die Keimzelle unserer Gesellschaft und unserer Kultur.

Frauenpolitik ist ohne einen engen Bezug zur Familienpolitik nicht denkbar, sie darf nicht nebeneinander hergehen, ist eng miteinander verzahnt zu sehen.

Frauenpolitik hat auch nicht nur „die Frau im Beruf“ zum Gegenstand. Sie hat ausdrücklich auch die Arbeit der Frau und Mutter in der Familie mit einzubeziehen, und Familienarbeit ist Arbeit. Arbeit, für die ich den Müttern und Großmüttern, die Zeit ihres Lebens für Kinder, Enkel und auch manchmal noch die Eltern da waren oder sind, danke.

Echte Partnerschaft ist ein schwieriger Weg

An der Erkenntnis, daß die Familie die Grundlage unseres Gemeinwesens ist, hat sich nichts geändert. Aber geändert hat

sich das Verhältnis der Familienmitglieder zueinander: Nicht mehr Dominanz und Unterordnung, sondern Partnerschaft zeichnet es aus. Echte Partnerschaft, gelebte und nicht nur gesprochene Partnerschaft, ist ein äußerst schwieriger Weg. Dies gilt nicht nur für das Privatleben, sondern auch für die Berufswelt, die Politik: Wir haben partnerschaftliche Entscheidungen zu begünstigen, zu akzeptieren und durch politische Rahmenbedingungen abzusichern.

Die Hauptaufgaben in den nächsten Jahren

In der Absicherung der Wahlfreiheit von Männern und Frauen (und der Schaffung entsprechender Voraussetzungen dazu) sehe ich eine Hauptaufgabe meiner Politik in den nächsten Jahren. Nur eine ganzheitliche Politik versetzt uns in die Lage, die Probleme nicht nur zu sehen, sondern sie auch zu meistern. Konkret werde ich unter anderem folgende Schritte unternehmen: In den nächsten Wochen werde ich einen wissenschaftlichen Beirat zur Frauenpolitik berufen. Weiterhin werde ich einen „Bericht zur Situation der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland“ in Auftrag geben, der nach Möglichkeit noch in dieser Legislaturperiode vorgelegt werden soll.

Es ist an der Zeit, die Entwicklungen, die für unsere Politik wichtig sind, im Zusammenhang aufzuzeigen. Akzente sollen in der Frauenförderung gesetzt werden. Der Bericht, den die Richtlinie zur Frauenförderung von 1986 vorschreibt, ist in Arbeit und wird demnächst vorgelegt werden. Als unverzichtbar sehe ich eine Erhöhung des Kindergeldes ab dem zweiten Kind und eine Verlängerung des Erziehungsgeldes an. Über beide Maßnahmen werden wir noch in diesem Frühjahr entscheiden.

Drohenden Pflege- notstand abwenden

Die Senioren-Union hat Verständnis dafür, daß Tausende von Krankenschwestern und Krankenpflegern für eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen auf der Straße demonstrieren. Bundesvorsitzender Gerhard Braun: Wir wissen, mit welchem Engagement und persönlichem Einsatz gerade diese Berufsgruppe ihrer täglichen schweren Arbeit in unseren Krankenhäusern und Altenpflegeheimen nachgeht.

Aufgrund der demographischen Entwicklung werden wir in Zukunft mit einer erhöhten Zahl von pflegebedürftigen alten Menschen rechnen müssen. Dagegen wird der Anteil der Jugendlichen an der Bevölkerung erheblich weniger, so daß zu befürchten ist, daß bei steigendem Pflegebedarf immer weniger gut ausgebildete Krankenpflegekräfte zur Verfügung stehen.

Aufgrund dieser Tatsachen werden wir in der nahen Zukunft einen erhöhten Bedarf an gut ausgebildeten Krankenschwestern und Krankenpflegern sowie Altenpflegerinnen und Altenpflegern benötigen, um einen drohenden Pflegenotstand abzuwenden.

Ziel der Politik der Senioren-Union ist es deshalb, dafür Sorge zu tragen,

- daß das Ansehen der Schwestern und Pfleger im öffentlichen Bewußtsein so angehoben wird, wie es diesem fachlich hochqualifizierten und für unser aller Wohl unentbehrlichen Beruf entspricht;
- daß das Lohnniveau auf eine dem Beruf entsprechende Höhe angehoben wird, dies gilt insbesondere auch für die Ausbildungsgütung;

- daß die Rückkehr von Krankenschwestern, die aus familiären Gründen beruflich pausiert haben, verstärkt gefördert wird;
- daß die Zufriedenheit der Schwestern und Pfleger mit ihrem Beruf durch eine Reihe von Maßnahmen im Krankenhaus und Altenpflegeheim verbessert wird;
- daß die Dauer des Verbleibs im Beruf durch berufsbegleitende Fortbildung und Möglichkeiten der psychologischen Unterstützung verlängert wird;
- daß durch vermehrte Neueinstellung von Krankenpflegepersonal in den Krankenhäusern und Altenpflegeheimen die zum Teil unzumutbare Belastung des bisherigen Personals verringert wird. Dies bedeutet auf Dauer auch eine neue Festlegung des Personalschlüssels.

Zur Erreichung dieser Ziele müssen Krankenkassen, Krankenhäuser, Berufs- und Fachverbände, Tarif- und Pflegesatzparteien, Bund und Länder gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um die Attraktivität der pflegerischen Berufe zu sichern und gezielt um Nachwuchs für diese Berufsgruppe zu werben.

Christian Schede neuer RCDS-Bundesvorsitzender

Der 24jährige Jurastudent Christian Schede aus Würzburg ist neuer Bundesvorsitzender des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS). Auf der 42. RCDS-Bundesdelegiertenversammlung in Königswinter wurde er zum Nachfolger von Jürgen Hardt gewählt. Schedes Stellvertreter wurde der 23jährige Freiburger Jurastudent Matthias Graf von Kielmannsegg, Bundesschatzmeisterin die 24jährige Aachener Chemiestudentin Katja Linder.

STICHWORT

COMETT

COMETT ist das Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft, das die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft im Bereich der neuen Technologien fördern soll. COMETT ist seit Januar 1987 in Kraft. Für die erste Phase von 1987 bis 1989 stehen 45 Millionen Ecu (rund 90 Millionen Mark) zur Verfügung. Eine zweite Phase ist für die Jahre 1990 bis 1992 vorgesehen.

Im Hinblick auf die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes 1992 ist auch eine stärkere Zusammenarbeit in der Bildungs- und Forschungspolitik erforderlich. Durch das COMETT-Programm sollen vor allem die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft gefördert, das Ausbildungsniveau an den technologischen Wandel angepaßt und die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien stärker genutzt werden. In den ersten zwei Jahren von COMETT, 1987 und 1988, hat die Gemeinschaft über 120 Ausbildungspartnerschaften zwischen Hochschule und Wirtschaft unterstützt, mehr als 2 300 grenzüberschreitende Betriebspraktika von Studenten ermöglicht, über 120 grenzüberschreitende Stipendien für Führungskräfte der Wirtschaft und von Hochschullehrern vergeben und mehr als 200 grenzübergreifende Vorhaben in der Fortbildung bewilligt.

Das COMETT-Programm fügt sich ein in die übrigen Maßnahmen der Gemeinschaft auf den Gebieten allgemeine und berufliche Bildung, Forschung und Entwicklung sowie technologische Zusammenarbeit, unter anderem ERASMUS, ESPRIT und DELT.

Nach nur 7 Wochen: Die Gesundheitsreform setzt sich durch

Die Gesundheitsreform ist erst seit 7 Wochen in Kraft. Und schon zeigen sich erste Erfolge:

● **Beiträge stabilisieren sich:** Vorher stiegen sie Jahr für Jahr. 60 Krankenkassen haben die Beiträge sogar gesenkt.

● **Arzneimittelpreise beginnen zu sinken:** Die Festbeträge greifen: Schon hat ein bedeutender Arzneimittelhersteller, die Firma Thomae, die Preise für einige Medikamente um 20 bis 30 Prozent gesenkt. Andere Arzneimittelhersteller wollen nachziehen.

Preise für Brillengestelle wurden teilweise halbiert. Bei fast der Hälfte aller Optiker gibt es schon Brillengestelle für 20 Mark.

Norbert Blüm hat Verleumdungen und Lügen ertragen. Er hat die Gesundheitsreform durchgesetzt und unser Gesundheitssystem vor

dem finanziellen Kollaps gerettet. Jeder Kranke kann sich wieder darauf verlassen, daß er die nötigen Gesundheitsleistungen erhält.

Und: Keine neuen Belastungen für die Beitragszahler.

Experten bestätigen: Erste Erfolge

»... Maßnahmen zur Begrenzung der Gesundheitsausgaben und zur dauerhaften Stabilisierung der Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung sind notwendig. Das Gesundheitsreformgesetz enthält wesentliche Elemente, um dieses Ziel zu erreichen.« (Jahresgutachten des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen am 9. 2. 1989)

»Das Gesetz ist besser als sein Ruf.« (Heinrich Reiter, Präsident des Bundessozialgerichts am 7. 2. 1989)

Unser Gesundheitssystem, das beste der Welt, steht wieder felsenfest.

CDU



Die
Zukunft

Der Mensch im Mittelpunkt

Junge Union beschloß ein neues Grundsatzprogramm

Auf einem außerordentlichen Deutschlandtag, der vom 3. bis 5. März 1989 in der Weser-Ems-Halle in Oldenburg stattfand, verabschiedeten die ca. 300 Delegierten ein neues Grundsatzprogramm der Jungen Union. Der Verabschiedung des JU-Programms war eine mehr als zweijährige Diskussion auf allen Ebenen der Jungen Union vorausgegangen. Zu dem Grundsatz-Programm lagen fast 1200 Änderungsanträge vor, die zum Teil zu kontroversen Diskussionen auf dem Deutschlandtag führten.

Der Deutschlandtag war gekennzeichnet von einem hohen Maß an Arbeitsdisziplin und einer lebendigen Programmdiskussion. Mit dem verabschiedeten neuen Grundsatzprogramm hat die JU eine solide Grundlage für die Arbeit der 90er Jahre geschaffen.

Im Vordergrund steht ein klares Bekenntnis zum christlichen Menschenbild. Des Weiteren wird die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zu einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft gefordert. In der Familienpolitik wird verlangt, daß die Ehe vom Staat besonders geschützt und gefördert werden

„Wir sollten nicht die eigenen Leute angreifen, sondern den politischen Gegner.“

Heiner Geißler

müsse. Zum Problem der Abtreibung heißt es: „Mit der Tötung von Kindern durch Abtreibung finden wir uns nicht ab.“ Erstmals wurde auch die Sicherung der Umwelt und die Notwendigkeit eines umfassenden Umweltschutzes verankert.

Die Bewahrung der natürlichen Umwelt sei für den Menschen die Bedingung für das Leben überhaupt, heißt es u. a.

Unterstützt wurden diese Aussagen von dem niedersächsischen Umweltminister Werner Remmers, der sich in einer engagierten Rede vehement für einen vorbeugenden Umweltschutz einsetzte. Remmers forderte ein noch stärkeres Umweltbewußtsein in der Bevölkerung. Er geißelte das vorherrschende Nischendenken, den Einzel- und Gruppenegoismus, wenn es um Fragen der Entsorgung gehe.

Mit ihrer umweltpolitischen Aussage leistet die Junge Union eine Vorreiterrolle

Umweltkosten, so forderte Remmers, dürften nicht länger nur als volkswirtschaftliche Aufwendungen betrachtet werden, sondern müßten voll und ganz in die betriebswirtschaftlichen Kosten eingehen und müßten auf der Gesamtrechnung erscheinen. Entschieden wandte sich Remmers gegen eine Ausweitung des internationalen Mülltourismus. Insbesondere verurteilte er Sondermülltransporte aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR (Schönberg) und wandte sich gegen die Absicht des Hamburger Senats, hochbelasteten Hafenschlick nach Polen zu schicken.

Zu Beginn des Deutschlandtages hatte der **JU-Vorsitzende Christoph Böhr** daran erinnert, daß das erste Grundsatzprogramm aus dem Jahre 1973 stamme und geprägt sei von den Themen der damaligen Zeit, hauptsächlich noch von den Auswirkungen der Unruhen der späten 60er Jahre. Damals habe in allen Parteien ein gewisser Reformeuphorismus vorge-

mus vorgeherrscht und auch Eingang in die Programme gefunden. 16 Jahre seien inzwischen vergangen und Nüchternheit habe die Euphorie abgelöst. Heute müßten Politik und Politiker die Kunst der Selbstbescheidung erfahren. Längst gelte der Grundsatz, das nicht alles machbar sei, was wünschbar erscheine.

„Das Profil der CDU darf nicht abgeflacht werden auf Ergebnisse von Koalitionsverhandlungen.“

Heiner Geißler

Mit ihrem neuen Grundsatzprogramm wolle die Junge Union starke Impulse in die Mutterpartei CDU tragen, so Böhr. „Wir müssen die weinerliche Selbstkritik überwinden und wieder in die Offensive gehen.“ Von der CDU verlangte der JU-Chef ein klares Profil.

Als erster Gastredner bezeichnete der frühere rheinland-pfälzische Ministerpräsident **Bernhard Vogel** den Entschluß der JU, sich in dem Grundsatzpapier für eine „Politik aus christlicher Überzeugung“ einzusetzen, als „mutig“. Nur wer seinen Standpunkt und sein Ziel genau kenne, der sei auch in der Lage, auf die vielfältigen Herausforderungen unserer Tage die richtigen Antworten zu geben. Heute über das „C“ in unserm Namen zu sprechen, verlange Mut, sagte Vogel. Stellen wir konsequent unsere Politik auf die Grundlage des christlichen Menschenbildes, rief er den Delegierten zu. Vogel wandte sich gegen Kurzsichtigkeit und Verzagtheit nach den Berliner Wahlen. Eine Personaldiskussion bezeichnete er als „unsinnig“. Vom Grundsatzprogramm erwartet Vogel, daß es nicht nur auf Festveranstaltungen zitiert werde, sondern auch Folgen für die praktische Arbeit und das Handeln im Alltag habe. „Wir haben gute Programme, aber sie müssen

stärkere Auswirkungen für unser politisches Handeln im Bundestag, in den Landtagen und in den Kommunalparlamenten haben.“ Vogel sprach sich für eine weitere Verbesserung des Familienlastenausgleichs aus und meinte zum Thema Asylanten: Wer das C im Namen führt, bekenne sich zur Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen. Das Asylrecht sei in der Verfassung als Grundrecht verankert, und daran sollte niemand in der Union rütteln. Man müsse jedoch unterscheiden — und hier liege das Problem — zwischen politisch Verfolgten und solchen, die sich zu Unrecht um Asyl bewerben. Zum Abschluß seiner mit großem Beifall bedachten Rede sprach er die Hoffnung aus, daß das Grundsatzprogramm mit dazu beitragen werde, verloren gegangenes Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Unser Staat befinde sich nicht in einer Vertrauenskrise — sondern in einer Glaubwürdigkeitskrise. Politiker und Parteien müßten wieder lernen, zuzuhören, wo die Bürger der Schuh drückt.

Mit Spannung sahen die Delegierten des Deutschlandtages dem Auftritt von **Generalsekretär Heiner Geißler** am Sonntag-

„Die Republikaner sind die nützlichen Idioten für die Regierungsbeteiligung der Alternativen und der Chaoten.“

Heiner Geißler

vormittag entgegen. Der Generalsekretär skizzierte die wichtigsten gesellschaftlichen Entwicklungen, auf die die Union als Volkspartei Antworten finden müsse. Geißler unter starkem Beifall der Delegierten: „Wir dürfen den Zeitgeist nicht bejammern, sondern wir müssen ihn bestimmen“. So dürfe beispielsweise nicht zugelassen werden, daß an den „Essener Leitsätzen“ zur Frauenpolitik gerüttelt werde.

Zum Verhältnis der Deutschen zu den Ausländern verwies Heiner Geißler auf das christliche Menschenbild als Maßstab des politischen Handelns. In einem Land, das vom Handel und Wandel lebe, dürfe Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit keinen Platz haben.

Geißler verteidigte ausdrücklich die Gesundheits- und Steuerreform. Beide seien durch gezielte Desinformationskampagnen der politischen Gegner in Verruf geraten.

Mit Blick auf das Berliner Wahlergebnis sagte Geißler unter sehr starkem Beifall

„Man kann das deutsche Volk nicht antreten lassen und befehlen: links um — rechts um! Die Zeiten sind vorbei.“

Heiner Geißler

der Delegierten: „Mit den Republikanern reden wir nicht, eine solche Partei bekämpfen wir als Christliche Demokraten.“

Die insgesamt 40minütige Rede endete mit einer „standing ovation“ der Delegierten und Gäste des Deutschlandtages.

Nachzutragen bleibt noch, daß die Hamburger Delegierten der JU dem neuen Grundsatzprogramm ihre Zustimmung versagten, weil nach ihrer Auffassung das alte Programm fortschrittlicher gewesen sei als das neue. Auf dem nächsten Deutschlandtag der JU im November 1989 steht im Bundesvorstand ein Generationswechsel bevor.

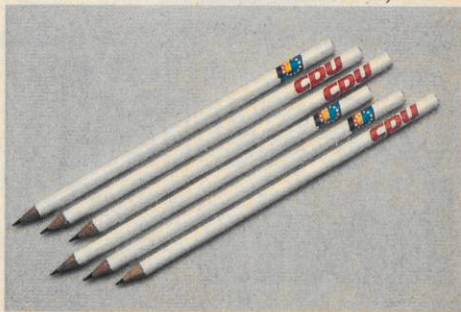
„Gemessen an den Führungskünsten des nordrhein-westfälischen Innenministers Schnoor war der Hauptmann von Köpenick ein FBI-Agent.“

Heiner Geißler

Informations- und Werbemittel für Ihren Europawahlkampf

Bestell-Nr.

- 5135** In Europa sind wir Vorreiter im Umweltschutz (UiD-Dokumentation) 50 St. 10,— DM
- 5129** Mit Forschung die Zukunft gewinnen (UiD-Dokumentation) 50 St. 10,— DM
- 9118** Autoabfalltüte — Sauber reisen ohne Grenzen 100 St. 24,— DM
- 9503** Aufkleber: Europa-Signet 100 St. 12,— DM



- 9482** Bleistift mit Europa-Signet 100 St. 20,— DM
- 9111** Lederfußball mit Europa-Aufdruck 1 St. 44,— DM
- 9508** Papierfähnchen „Europa“ 1 000 St. 80,— DM
- 9814** Parkscheibe — Freie Fahrt für Europa 100 St. 47,— DM
- 9511** Luftballons — Europa 1 000 St. 135,— DM
- 9113** Riesenluftballons — Europa (Umfang 2,50 m) 10 St. 119,— DM

Die Preise verstehen sich inkl. Versandkosten zuzügl. Mehrwertsteuer.

Bestellungen richten Sie bitte an das **IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold.**

Weitere einsetzbare Materialien siehe Gesamtangebot in UiD 1/89.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Unsere Renner:

- Taschenlexikon

Gesundheitsreform von A bis Z

Erfolgreiche Halbszeitbilanz der Regierung Helmut Kohl
Deutschland liegt gut im Rennen!

Gesundheitsreform

von A bis Z

Die Krankenversicherung bleibt bezahlbar

Die Vorsorge wird verstärkt

Die Pflege wird anerkannt



UID

8/89

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme 15,— DM
Bestell-Nr. 5126

- Faltblatt Steuerreform

Mehr Geld für den Bürger, mehr Schwung für die Wirtschaft

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme 24,— DM
Bestell-Nr. 2127

- Faltprospekt

12 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme 20,— DM
Bestell-Nr. 2128

Bestellungen richten Sie bitte an das

IS-Versandzentrum, Postfach 1328,
4804 Versmold.

Die Preise verstehen sich inkl. Versandkosten zuzügl. Mehrwertsteuer.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421, Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 48,— DM, Einzelpreis 1,20 DM, Herstellung: VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.